№ 143. Freitag den 23. Juni 1848.



des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof=Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: C. Hensel.

An die Zeitungsleser.

Beim Ablauf des 2ten Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Leser für diese Zeitung 1 Rthlr. 7½ Sgr., auswärtige aber 1 Rthlr. 18¾ Sgr. als vierteljährliche Pränumeration zu zahlen haben, wofür diese täglich erscheinende Zeitung auf allen Königlichen Postämtern durch die ganze Monarchie zu haben ist. — Die Pränumeration für ein Exemplar auf Schreibpapier beträgt 15 Sgr. für das Vierteljahr mehr, als der oben angesetzte Preis. — Bei Bestellungen, welche nach Anfang des laufenden Vierteljahres eingehen, ist es nicht unsere Schuld, wenn die frühern Nummern nicht nachgeliefert werden können. — Posen, den 23. Juni 1848. Die Zeitungs=Expedition von W. Decker & Comp.

Inland.

Posen, den 22. Juni. Mitten aus den sturmbewegten Fluthen der Gegenwart erhebt sich das Schreckbild der Anarchie und taucht allerwärts verderbenbringend hervor. Vom Bodensee bis Berlin, vom Niederrhein bis tief in's Oesterreichische zeigen sich verwandte Erscheinungen, oft in leicht erkennbarem Zusammenhang, auch da, wo sie mehr vereinzelt auftreten, ohne Mühe auf einen gemeinschaftlichen Grund zurückzuführen; ein Netz, das im Augenblick seine feingesponnenen Fäden durch ganz Deutschland legt und es je länger, je fester gefangen hält, geworfen von jenen dämonischen Mächten, die immer bereitwillig waren, uns Unglück aus dem verhängnißvollen Schoße der Zeiten zu bringen.

Die Sünden der Alten und die Fehler der Neuen haben diese, auf dem zitternden Boden der Gegenwart erscheinenden Zustände herbeigeführt: fortwährende vulkanische Erschütterungen, zu gering, um auf einmal Alles zu zerstören, stark genug, um jene siebartige Durchlöcherung zu bewirken, welche in beständiger Folge neuer Durchbrüche die Bildung festen Landes nicht gestattet.

Das Maschinenmäßige der alten Verwaltung mit dem regelmäßig eintretenden bald stärkeren, bald geringeren Druck, dem kunstvollen Getriebe seiner vielfältig in einander greifenden Räder hat jede freie geistig=sittliche Bewegung vollständig gelähmt und mit einer Entnervung des Gedankens jenen Zustand der Massen herbeigeführt, der sie unter dem Schutze einer polizeilichen Bevormundung und in der Gewöhnung des Hergebrachten wohl zu lenkbaren, fügsamen Geschöpfen, mit dem urplötzlichen Schwinden dieses Systems aber zu einsichtslosen, gefährlichen, unfreien Banden macht, in ihrem Niederschlag einen furchtbaren Pöbel bildend, feil, grausam, aufgeregt, zu jedem Dienst gegen das ihm in jeder Form verhaßte Gesetz geneigt.

Aber auch nach oben hin machten sich die Zustände in unheilbringender Weise geltend, denn sie bildeten in begabten, reich ausgestatteten Persönlichkeiten voller Lust und Thatkraft, durch den Widerstand, den der Polizeistaat jeder von seinem Wesen abweichenden Richtung starr entgegensetzte, durch die Fesselung und Verfolgung des freien Gedankens und freien Worts, tiefe Betrübniß, öfters aber jene Bitterkeit, die, mit Haß gepaart, sich häufig in die entschiedenste Opposition gegen alles Bestehende setzte.

Unter solchen Verhältnissen trat die Zeit des vollständigen Umschwungs eines Gemeinwesens ein, das bei allem äußeren Glanz doch die innere Hohlheit verrieth, und der Bruch mußte naturgemäß um so bedeutender werden, je weniger man es früher der Mühe werth gehalten hatte, durch irgend zeitgemäßes Nachgeben manches des Bestehenden zu conserviren.

Daß dieser Bruch ein unleugbar revolutionairer ist, fühlt mehr oder minder Jeder, der dem staatlichen Leben aufmerksam folgt: einem unerwarteten Naturereignisse gleich, das urplötzlich formenändernd hereinbricht, brachten die Vorgänge im Westen Europa's ähnliche, gewiß bedeutsamere für Deutschland mit sich, nur daß sie den Staatenbestand unberührt gelassen, und die Regelung allem Verhältnisse einer unbedingt gesetzmäßig zusammenberufenen konstituirenden Versammlung überlassen blieb. In diesem Umstande gerade liegt für die ganze Entwickelung unserer Zukunft ein reicher Gewinn, nur von denen in Frage gestellt, die in anderer Auffassung der Dinge vor Allem republikanische Institutionen ins Leben gerufen sehen wollten, und in unseliger Verblendung die Erreichung ihrer Zwecke auf dem Wege der Gewalt versuchten, nachdem sie auf dem Wege des Gesetzes für ihr Vorhaben kein erreichbares Ziel entdeckten. Was aber hierbei das Betrübendste ist, sind die Mittel, deren sich jetzt diese Partei bedient; verblendet von der unbedingten Folgerichtigkeit ihres Prinzips, schändet sie dasselbe, indem sie es auf dem blutgedüngten Wege der vollständigen Gesetzlosigkeit ins Leben rufen will. Die Deutsch=republikanische Partei hat sich ihr Urtheil gesprochen, seitdem sie die Bahn der Vernunft verlassend, die der Gewalt betreten hat, und im unleugbarem Bunde mit Elementen, die auf Zersetzung jeder gesellschaftlichen Ordnung hinarbeiten, ihr blutiges Siegesbanner über einen aller Kultur beraubten Boden führen will.

Im Deutschen Republikanismus reichen sich im Augenblick der krasse Communismus, das Polenthum und die ultramontane Richtung die Hände, um in Deutschland thatsächlich die Anarchie herbeizuführen. Mit dem Austritt Hecker's und Struve's aus dem Vorparlament ist diese Richtung ins Leben getreten, die jetzt fast ungezügelt in allen Theilen Deutschlands ihre Beförderer findet.

Seitdem die Etablirung einer deutschen Winkelrepublik im Badischen Seekreise, wozu die ultra=sozialistische Partei in Frankreich ihr befreundetes Contingent rasch über den Rhein geschickt hatte, mit Waffengewalt niedergehalten worden ist, verfolgte die Partei ihre Zwecke in der vielfältigsten Art: sie hat für den Augenblick den Plan der Republik ganz aufgegeben und nur noch den des Umsturzes im Auge und die Einsetzung der Anarchie.

Wie dies geschieht, ist bekannt, und Niemand wird leugnen, daß in der kurzen Zeit bedeutende Fortschritte gemacht worden sind. Man verführt nicht mehr einzelne Compagnieen deutscher Truppen im Badenschen durch die „kameradschaftlichen Freuden der Maiennacht," sondern hat es auf die Demoralisirung des ganzen Heeres abgesehen; aus dem Badischen Seekreise hat man das republikanische Lager in ganz Deutschland versetzt. — Man benutzt die Noth der Arbeiter, um ihnen kommunistische Vorspiegelungen zu machen und sie so zu getreuen Bundesgenossen zu gewinnen, indem einfach Raub und Plünderung verheißen wird; die Beschränktheit der steuerzahlenden Bauern, und verspricht ihnen zur Zeit der Republik vollständige Abgabenfreiheit; Strenggläubigen werden die Gefahren der Kirche vorgehalten, der freiheitsdurstenden Jugend wiederum die Rückkehr des starren Dogmatismus im Gefolge der absoluten Herrschaft. Mit Hilfe der durch ganz Deutschland vertheilten sogenannten demokratischen Vereine ist eine immer bereitwillige Masse gewonnen, jedes Commandos gewärtig und für alle Fälle gerüstet; absichtlich werden die Aufläufe und Kravalle aller Orten wiederholt, um fortwährend das Mißtrauen in die Zustände und die Aengstlichkeit zu erregen, den gewerb= und handelstreibenden Bürgerstand zu schwächen und die Zukunft ungewiß zu machen. Neben dieser Taktik im Kleinen wird die höhere befolgt, Deutschlands Großmächte und namentlich Preußen, das den einzigen festen Damm gegen die hereinbrechende Gesetzlosigkeit bietet, in seinen innersten Lebenskräften zu vernichten. Daher hat die Anarchie auf dieses ganz besonders ihr Augenmerk gerichtet, und verfolgt ihre Pläne mit eben so großer Berechnung wie Kühnheit. Namentlich wird das Vertrauen Deutschlands in Preußen gelockert, zu gleichem Behufe in Süddeutschland frühern Antipathien zu unglaublicher Höhe aufgestachelt. Dem Staate selbst werden alle mögliche Verwickelungen bereitet; um ihn im Osten und wo möglich mit Rußland in Collisionen zu bringen, wird immerfort die Polnische Sache ausgebeutet, panslavistischen Bestrebungen das Wort geredet, andererseits die Aufopferungsfähigkeit des Landes jeden Augenblick herausgefordert, um ihr dann rasch, wenn sie, wie in Schleswig, sieggekrönte Erfolge erzielt, egoistische Motive unterzuschieben. Im Oesterreichischen wird der Nationalitätenstreit trefflich genutzt, um im Gefolge von gleichzeitigen Aufständen in einzelnen Städten des Innern, durch die Czechischen Bewegungen einen fortglimmenden Brand im Staatskörper zu erhalten. In den konstituirenden Landtagen hindert man geschickt jedes Uebergehen zur eigentlichen Gesetzgebung durch allerlei Interpellationen und

Proteste, wirkt ins Volk den beliebten Ausdruck der Knechtung durch Majoritäten, erinnert es beständig an seine unverjährbaren Souverainetätsrechte," von denen es Gebrauch machen solle, sammelt in und um Frankfurt höchst bedenkliche Elemente an, wiegelt sämmtliche Nachbarstädte auf, spricht offen von einem Ueberfall Heckers und seiner Getreuen und Verjagung des Parlaments, und läßt einen demokratischen Kongreß, in eben dem Moment die Republik proklamiren, in dem die überwiegende Majorität der constituirenden Versammlung sich für die demokratisch-constitutionelle Monarchie ausspricht!

Solche Fakta lassen keine Täuschung mehr zu. Sie reden zu laut, als daß sie nicht unsere ganze Kraftanstrengung herausforderten. Es droht der Sieg der Anarchie; schon ist „der Anfang vom Ende" da!

* Posen, den 22. Juni. Die in unserer gestrigen Leipziger Correspondenz erwähnte Adresse des Ostmarken-Vereins an das Frankfurter Parlament gegen den Venedeyschen Antrag der Nichtzulassung des Posener Abgeordneten lautet wie folgt:

Mit Schaamgefühl haben wir und mit uns viele patriotische Männer den undeutschen Antrag vernommen, den in der konstituirenden National-Versammlung Herr Venedey gegen den Abgeordneten Posen's gestellt hat.

Während die Deutsche Bevölkerung des Großherzogthums Posen unter den schlimmsten Verhältnissen, verlassen von ihrer Regierung und vollkommen ungerüstet gegen einen höchst gefährlichen Aufstand, der vom Auslande her fortwährend neue Nahrung sog und von thörichten und verkehrten Sympathieen in Deutschland begünstigt wurde, mit unsäglichen Opfern auf wahrhaft bewunderungswürdige Art ihr Deutschthum vertheidigte, nährte und aufrecht erhielt, sich selbst und Deutschland zum Ruhme, treten in einer Hohen Nat.-Vers., die, für Deutschland's Einheit und Ehre zu sorgen, berufen wurde, Männer auf, die nicht sich entblöden, ihren Deutschen Brüdern und Namensgenossen feindlich, deren Feinden das Wort zu reden.

Es ist kaum nöthig für diejenigen, welche mit der Geschichte und den gegenwärtigen Zuständen vertraut sind, die von Herrn Venedey versuchte Begründung seines Antrags zu widerlegen. Fast eine Beleidigung wäre es für die Hohe N.-V. sie daran zu erinnern, daß bei dem Anschlusse Posen's an den Bund von einem Bruche der Staatsverträge, wie Herr Venedey vorgiebt, gar keine Rede sein kann, da der mit Rußland nach Besiegung Napoleons, der Polen und Franzosen am 3 Mai 1815 abgeschlossene Vertrag das Polnische Land dem Könige von Preußen en toute souveraineté et propriété im dritten Artikel zuspricht, welcher Ausdruck in die Wiener Congreßakte vom 9. Juni 1815 Art. 2 bekanntlich überging; oder der H. N.-V. zuzurufen, sie möge sich keine offenbare Ungerechtigkeit gegen das eigene Volk zu Schulden kommen lassen; oder die lange Reihe von Vorgängen und Polnischen Erklärungen vor ihr aufzuzählen, welche jeden aufmerksamen Politiker längst über das belehrten was Deutschland von Polnischer Freundschaft und Anhänglichkeit zu erwarten hat: wohl aber fühlen wir uns gedrungen, öffentlich und laut unseren Unwillen und unsere Entrüstung darüber auszudrücken, daß ein Deutscher National-Vertreter Rücksichten für Polen höher stellt, als Rücksichten für Deutsche und soweit sogar sich vergaß, seinem Volke mit einem Französischen Kriege zu drohen, als sei Frankreich die letzte richtende Instanz.

Grad' eben so gut wie Böhmen, zählt Posen zum Deutschen Reiche. Giebt man den Abgeordneten der Böhmen im Deutschen Parlamente Platz, wie darf man ihn den Posener Abgeordneten verweigern? Wem wird es einfallen, einen kleinen Wendenstaat inmitten des Königreiches Sachsen aufzurichten? Und ist der Wende bei Bautzen etwa schlechter, als der Pole bei Czarnikau? Wo die Bevölkerung gemischt ist, da vor Allem muß Deutschland kräftig und stark handeln, sein Grenzland wahrend. Etwas der Art fühlte zwar Herr Venedey, als er das Aufgeben der Festung Posen an Bedingungen knüpfen wollte, er gewahrte jedoch nicht, daß, was von der Festung gilt, auch vom Großherzogthum selbst gilt. Aber uneingedenk ihrer Pflicht gegen das Deutsche Vaterland sind Alle, die für das Preisgeben eines Deutschen Landes wirken, wir nennen das Verrath. Wir fordern, daß unsere National-Vertreter mehr auf die Stimmen der Deutschen als auf die Einflüsterung der Polen hören sollen, wir fordern von ihnen, daß sie die Interessen Deutschland's und der Deutschen wahrnehmen, daß sie, vom Gefühle der Deutschheit geleitet, reden und handeln. Wenn Jemand nichts weiß und versteht von der Lage der Dinge an den östlichen Marken, so möge er im Bewußtsein seiner Unkenntniß schweigen, nimmermehr aber zu dem selbstmörderischen Treiben die Hand bieten, das unser Volk so lange geschwächt und geschändet.

Die Hohe Nat.-Vers. hat einstweilen dem Abgeordneten von Posen Sitz und Stimme gestattet; wir hoffen, daß sie ihm ohne weitere Verhandlung Sitz und Stimme fur immer einräumen wird.

Leipzig, den 17. Juni 1848. Der Verein u. s. w.

† Posen, den 22. Juni. Wir haben die Pfingstputsche hinter uns. Die Minen sprangen wieder einmal gleichzeitig in Paris, den Rhein entlang, im Schwäbischen, in Norddeutschland, in Böhmen, in Wien, mit einer Nachwirkung bis ins Ungarische hinein, diesmal fast allüberall zum Schaden der Mineurs. In Berlin spielten sie moralischen Banquerott, in Prag dazu noch einen bedeutenden physischen, in Wien wies man die, die arbeitenden Klassen bearbeitenden Czechen mit Schimpf aus, am Niederrhein erschien Willich vergebens in Begleitung mehrerer Polen, um die demokratischen Klubs „rege zu halten", der Offenbacher Kravall wurde gedämpft, die Stuttgarter Militair-Revolte niedergehalten, nicht ohne daß die Veranstalter sich bloßgestellt hätten, die Etablirung der „Republik Thüringen" mißlang beim Wartburgsfeste, ebenso machte die Republik in Altenburg entschieden Fiasko, in Paris endlich wurde der Maske Louis Napoleon die Larve vom Gesicht gerissen, und siehe da, Barbès, Sobrier, Blanqui und die „arbeitende Gewalt" vom 15. Mai grinste hervor. Daß diese Attentate auf die öffentliche Ordnung überall zusammenhängen, ist jedem Einsichtigen wohl längst bekannt, sie waren ja für die Pfingstwoche förmlich vorher verkündigt. Am Frankfurter demokratischen Congresse erklärt ein Redner ganz öffentlich, in Berlin sei Alles zur Einsetzung der republikanischen Central-Gewalt vorbereitet, in Berlin proklamirt der demokratische Klub die Republik am Abend des 14. Juni, in Prag verrechnet man sich nach alter Art und schlägt zwei Tage zu früh los. Wer bildet das Bindeglied zwischen den Bewegungen des Westens und des Ostens? Wir haben es die übrige Presse erst laut verkünden lassen, alle Zeitungen nennen die Namen, die wir nicht nennen durften, ohne uns dem Schein der Verdächtigung auszusetzen und den Vorwurf des Hasses hinnehmen zu müssen. Die übrige Presse hat es besser gethan, als wir es irgend thun konnter, sie hat auch diejenigen gegeißelt, die, nach ihrer Ausweisung aus Prag glauben machen wollten, die Bewegung sei ein Auflehnen der ganzen Bevölkerung gegen den vermeintlichen Absolutismus gewesen u. s. w., die Ausgewichenen hätten dabei die Martyrer der Freiheit gespielt. Die Presse aber hat im Gegentheil nachgewiesen, daß sie wieder einmal zu denen gehörten, die Europa aufs Neue in Brand setzen wollten.

Posen, den 22. Juni. In der gestrigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde zunächst eine von der Königl. Regierung an den Magistrat gerichtete Aufforderung behufs Anstellung eines besoldeten Stadtschulraths mitgetheilt. Die Versammlung trat dem Beschlusse des Magistrats, daß von der Anstellung eines besoldeten Stadtschulraths für den Augenblick obgestanden werden müsse, einhellig bei, theils weil der Kommune zur Zeit alle Mittel zur Besoldung neuer Beamten abgingen, indem kaum die nothwendigsten laufenden Ausgaben bestritten werden könnten; theils weil für die Leitung und Beaufsichtigung des hiesigen städtischen Schulwesens bereits in völlig genügender Weise gesorgt sei, indem das diesfällige Ressort in den Händen eines Magistratsmitgliedes liege, der durch seine vieljährige Wirksamkeit als Lehrer in einem Königlichen Gymnasium und andern Lehrstellen mit den Bedürfnissen der Schule völlig vertraut geworden, ihm auch zwei bisherige Lehrer an der Bürgerschule als Schulinspektoren zur ununterbrochenen Beaufsichtigung aller äußern Angelegenheiten des städtischen Schulwesens beigeordnet seien; theis endlich, weil officiellen Bekanntmachungen zufolge das gesammte Schulwesen im Staate jetzt wesentlichen Veränderungen unterliege, welche die Anstellung neuer Schulbeamten in diesem Augenblicke wenigstens unzeitig erscheinen ließen. Hierauf wurde beschlossen, daß der bisher als Handelssaal benutzte Saal im Stadtwaagegebäude, da der Pachtkontrakt von dem Handelsverein nicht erneuert worden, einstweilen zur Disposition gestellt werden solle. — Behufs Instandsetzung des Brunnens im Theresienkloster und Hinaufleitung des Wassers in den obern Stock hat der Stadtbauinspektor Hr. Freter einen Anschlag im Betrage von 86 Thlr. 25 Sgr. gemacht, zu dessen Prüfung eine Commission, die Herren Wendland, Behr und Fliege ernannt wird. — Zur Speisung des wiederherzustellenden Brunnens vor dem Prevosti'schen Grundstück am unteren Ende der Bergstraße hat Hr. Freter einen Anschlag auf die Höhe von 193 Thlr. gemacht. Da der Röhrmeister Hr. Pannewitz jedoch nur 142 Thlr. fordert, so wird der Magistrat ersucht, mit letzterem zu kontrahiren. Das Gesuch des Hr. Mediz.-Raths Herzog für zweimonatliche Vertretung des Armen-Arztes Hr. Dr. Rehfeld (während dessen Krankheit) ihm Diäten zu bewilligen, wurde abgeschlagen, weil die städtischen Beamten verpflichtet seien, einander in Krankheitsfällen unentgeldlich zu vertreten. — Der Stempelgebührenkassen-Rechnung wurde Decharge ertheilt, ebenso der Serviskassen-Rechnung pro 1845 und pro 1846, und der Rechnung über den Hundesteuerfonds pro 1847. Dagegen wurden die vom Magistrat beantworteten Notaten der Theaterfondsrechnung der frühern Commission, desgleichen die Stadtarmenkassen-Rechnung pro 1847 den Herren Hancke und Mamroth zur Prüfung überwiesen. Sieben Consense zu Verkäufen 2c. wurden vollzogen. — Es wurde mitgetheilt, daß die beiden abzubrechenden Buden am Rathhause erst nach $1\frac{3}{4}$ Jahren hinweggenommen werden könnten, weil der Pachtkontrakt der einen noch bis dahin laufe. Die Versammlung war damit einverstanden. — Da der Termin zur Ablieferung einer bei Hr. v. Netrebski bestellten großen Spritze längst abgelaufen, ohne daß jene erfolgt ist, so wird der Magistrat aufgefordert, den Contrakt mit Hr. v. Netrebski aufzuheben, und dafür mit Hr. Werner wegen Ankaufs seiner bereits bewährten Saugespritze zu verhandeln. — Der Magistrat wird ersucht, die Genehmigung zur sofortigen Einführung der Wildsteuer in Posen höhern Orts nachzusuchen, weil die Steuerbehörde durch eine neuere Verfügung zur diesfälligen Kontrolle verpflichtet sei. — Für die Rumford'sche Suppen-Rechnung pro 1817 wird die Decharge ertheilt. — Für den Elementarlehrer Hr. Jakobson beantragt der Magistrat eine Unterstützung von 20 Thalern behufs einer ihm ärztlich verordneten Badekur zu Salzbrunn. Da der betreffende Stadrath, Hr. Czwalina, dem Jakobson das Zeugniß vorzüglicher Tüchtigkeit und Pflichttreue giebt, er überdieß seine dermalige Kränklichkeit in seinem Berufe sich zugezogen, so bewilligen die Stadtverordneten einhellig nicht nur die nachgesuchte Unterstützung, sondern erhöhen dieselbe von 20 auf 30 Thaler. — Die Wahl der Deputirten zur Abschätzung des steuerpflichtigen Einkomaens wird bis nach erfolgter Einführung der neuen Stadtverordneten vertagt. — Eine Mittheilung unsers Deputirten für Frankfurt a. M., Hrn. N. K. Viebig, über Abgabe und Abdruck der, von dem Stadtverordneten-Kollegium an die hohe Deutsche National-Versammlung gerichteten Eingabe wird verlesen, worauf schließlich noch der Magistrats-Vorstand ein an Hr. 2c. Viebig in dieser Angelegenheit gerichtetes amtliches Schreiben des Magistrats zur Kenntnißnahme mittheilt.

*P Berlin, den 20. Juni. Ein heutiger Maueranschlag macht die Namen von 36 Männern bekannt, die in den „Fünfziger-Ausschuß zur Verständigung mit den Provinzen" gewählt seien. Der Anschlag ist nicht von Held, sondern von Otto Ruppius unterschrieben. — Es muß der sehnlichste und aufrichtigste Wunsch eines jeden ächten Vaterlandsfreundes sein, möglichst bald eine Verständigung und Versöhnung zwischen der Hauptstadt und den Provinzen herbeigeführt zu sehen. Das liegt im Interesse der Hauptstadt wie der Provinzen selbst, und es ist daher freudig ein jeder Versuch zu begrüßen, der angestellt wird, um dieses schwierige Ziel zu erreichen. Zu bedauern aber ist es, wenn solche Versuche so angegriffen werden, daß sie wenig Vertrauen eines guten Gelingens versprechen. Es ist zwar an und für sich sehr gleichgültig, von wem ein zweckmäßiges Unternehmen ausgeht. Indeß in vielen Fällen wird das schönste Unternehmen scheitern, wenn die Theilnehmer desselben kein Vertrauen erwecken. Unter den 36 genannten Männern sind drei Studenten. Ob aber Studenten die geeigneten Instrumente sind zu einer Verständigung zwischen Provinz und Hauptstadt, das bedarf für den Mann der Erfahrung wohl gar keiner Untersuchung. Zudem ist einer dieser Studenten der berüchtigte Mohneke! Ein anderer heutiger Anschlag (datirt aber schon von vorgestern) des Major Blesson, der am 15ten das interimistische Kommando der Bürgerwehr niederlegte, enthält eine in den demüthigsten Ausdrücken abgefaßte Entschuldigung des Majors in Be-

treff seines bekannten an den Präsidenten der National-Versammlung Milde gerichteten Schreibens, in welchem er die Berliner Bürgerwehr vor Berlin, Preußen, Deutschland und der ganzen Welt compromittirt. Blesson erklärt in diesem Anschlage ziemlich rund heraus, er sei in dem Augenblicke, wo er das Schreiben abgefaßt, eigentlich unzurechnungsfähig gewesen, so sehr hätten ihn die vorangegangenen Ereignisse angegriffen. Und so ein Mann hat den Muth in einer so ungeheuren Zeit eine so schwer verantwortltche Stellung auch nur auf 24 Stunden zu übernehmen! Herr Blesson hat übrigens seinen Majorstitel nicht blos von der Bürgerwehr, sondern vom Militair her.

Berlin, den 16. Juni. Privatnachrichten aus Westpreußen melden, daß die im Königreiche Polen zusammengezogenen Russischen Heerhaufen sich auf bedrohliche Weise der Preußischen Grenze nähern, daß Thorn mit aller Schnelligkeit armirt und in Vertheidigungszustand gesetzt wird. Ich theile Ihnen eine Stelle aus dem Briefe eines unbittelbar aus dem Königreiche Polen gekommenen Reisenden mit, in welchem es unter Anderem heißt: „Was mir am meisten auffiel, war, daß ich unter den Russischen Offizieren ganz offen von der Erhebung des allgemeinen Slawenthumes reden hörte. Bei dem Russischen Heere giebt es eine Art von Offizieren, welche man mit dem Namen Conversations-Offiziere zu benennen pflegt, und welche von Petersburg aus an die Truppentheile versendet werder, um den Geist des Heeres zu stimmen. Diese Conversations-Offiziere nun predigen seit der letzten Zeit ganz laut die Idee des Panslawismus, und daß der „Batuschka“ (der Kaiser) bald eintreffen werde, um das Heer nach Deutschland zu führen und dort die Feinde Gottes und der Ordnung zu züchtigen. In diesem Sinne sucht man das Heer zu fanatisiren, und es dürfte somit doch noch letztlich dem Kaiser von Rußland vorbehalten sein, die wahre „„Vereinbarung““ Deutschlands mit sich selbst zu Wege zu bringen. So spricht die Köln. Ztg — Die Stettiner „Ostseezeitung“ läßt sich hierüber folgendermaßen aus: „In diesem Augenblick geht uns auf zuverlässigem Wege die Nachricht zu, daß der Uebertritt der Russen auf Preußisches Gebiet von Czenstochau aus, also zunächst in die Landrathskreise Lublinitz, Rosenberg, Beuthen, in den nächsten Tagen als ganz bestimmt anzunehmen sei, da die Marsch-Kolonnen sich schon zu den verschiedenen Uebergangs-Punkten über das Grenzflüßchen Prossna formiren, Pontons dazu an die Grenze gerückt, und die Wege dazu auf Polnischem Gebiet mit großen Menschen-Massen in Stand gesetzt werden; — ferner sollen in den Polnischen Grenz-Ortschaften schon Fuhren bestellt sein zum Marsch nach Schlesien.“ — Eben geht auch die Nachricht ein, daß in den nächsten Tagen mehrere Landwehr-Balaillone in Oberschlesien zusammengezogen werden sollen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Die neunzehnte Sitzung, vom 20. Juni,

beginnt, wie sonst, mit Verlesung des Protokolls durch den Sekretär Abgeord. Hausmann um $12\frac{1}{2}$ Uhr unter dem Vorsitz des Präsidenten Milde. Dasselbe wird sofort angenommen.

Hr. Hausmann verliest ein Schreiben des Minister-Verwesers v. Patow, mit welchem derselbe die Gesetzesgrundsätze über die Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen (Feudal-) Verhältnisse überreicht. Ferner verliest derselbe ein Schreiben des Minister-Präsidenten Camphausen, worin derselbe mittheilt, daß er, da es ihm nicht gelungen, ein Cabinet zusammenzubringen, dem Könige seine Entlassung eingereicht habe (Sensation.) Minister des Innern von Auerswald beantragt, in Verfolg dieser Angelegenheit, die Aussetzung der Plenarsitzungen, indem die Minister zwar die laufenden Geschäfte auch fernerhin zu besorgen im Stande seien, jedoch, eben der Lückenhaftigkeit des Ministeriums wegen, Interpellationen nicht beantworten und überhaupt an den Berathungen schon um deshalb nicht Theil nehmen könnten, weil die sämmtlichen Minister, einschließlich der heute erst eingetretenen HH. v. Schreckenstein und v. Schleinitz, ihr Portefeuilles interimistisch nur so lange behalten würden, bis ein neues definitives Cabinet gebildet sein wird. Hr. Schulze (aus Wanzleben) ist der Aussetzung der Plenarsitzungen entgegen, da es Sachen genug gäbe, deren Berathung die Gegenwart des Ministeriums nicht erfordere. Finanzminister Hansemann widerlegt dies, indem er hervorhebt, daß, nach dem Abtritt des Vorsitzenden, das Cabinet sich vollständig reconstruiren müsse, bevor es sich auf politische Debatten irgend welcher Art einlassen dürfe, wenngleich die laufenden Geschäfte besorgt werden. Außerdem aber könne Niemand bestimmt vorhersagen, daß das Cabinet bei einer Berathung überflüssig oder entbehrlich sei, indem nicht vorauszusehen, ob und welche Zwischenfälle sich ereignen können, die seine Gegenwart unverläßlich machen.

Präs. Milde trägt nunmehr darauf an, ihn zu ermächtigen, die Sitzungen auf unbestimmte Zeit zu vertagen, mit der Berechtigung, die Versammlung seiner Zeit wieder zusammenzuberufen. Schon ist man in Begriff, abzustimmen, als sich protestirende Stimmen erheben. Hr. Parisius ist einem solchen Ansinnen durchaus entgegen, da durch die Gewährung desselben eine vollständige Auflösung der Versammlung erfolgen könne. (Murren.) Dem schließt sich Graf E. Reichenbach an, indem er die Sitzungen bis höchstens zum Freitage ausgesestt wissen will. Diese Zeit sei vollkommen hinreichend, ein neues Kabinet zu bilden. Hr. Seidel stellt den bestimmten Antrag, die Plenar-Versammlungen bis zum künftigen Montag (26. d. M.) auszusetzen, mit der Bedingung, daß der Präs. die Versammlung nöthigenfalls auch convocire. Hr. Dierschke versichert, nicht mehr als 2 Tage bewilligen zu können (Heiterkeit), indem von seinen Kommittenten schon Drohungen über die langsame Abwickelung der Geschäfte durch die Kammer eingelaufen. (Unruhe.) Redner versichert, sich durch keine Unruhe der Versammlung mehreinschüchtern zu lassen (Heiterkeit; Bravo der Linken) Hr. Riedel hält es für eine Hauptbedingung aller constitutionellen Versammlungen, daß bei allen Berathungen derselben die Minister in ganzer Vollständigkeit anwesend seien. Eine Ausnahme von dieser Regel könne nur das Ministerium machen, dem um so mehr nachzugeben ist, als es sich für vollständig anerkennt, sobald es selbst die Aussetzung der Plenarsitzungen beantragt. Finanzminister Hansemann bemerkt dagegen, daß die Minister nur deshalb auf weitere Diskussionen sich nicht einlassen können, weil mit dem Abtritt des Vorsitzenden des Staatsministeeiums auch sämmtliche einzelne Portefeuilles zur Verfügung gestellt worden seien. Hr. Ulrich spricht sich nochmals sehr entschieden dagegen aus, einem Einzelnen die Vollmacht zu ertheilen, eine so wichtige Versammlung, wie die gegenwärtige, nach Belieben vertagen oder zusammenberufen zu können.

Man schreitet nunmehr zur Abstimmung. Beide Anträge, sowohl der Reichenbach'sche (nach welchem die nächste Sitzung unter jeder Bedingung spätesteus am nächsten Freitag stattfinden soll), als der Seidel'sche, werden zahlreich unterstützt. Graf E. Reichenbach erbittet sich als Antragsteller nochmals das Wort und deutet darauf hin, daß es gar leicht geschehen könne, in einer so ernsten Zeit, wie die gegenwärtige, auch ohne Ministerium berathen zu müssen, und daß deshalb eine so lange Sistirung der Plenarsitzung nicht gerechtfertigt sei. Finanzminister Hansemann erwiederte darauf: daß, eben weil, wie der Redner hingedeutet, jetzt Gefahr im Verzuge und eine Zeit des Mißtrauens und ferner vor allen Dingen die Rekonstruktion des Kabinettes eine unendlich schwierige Aufgabe sei, es auch sorgfältig vermieden werden müsse, Zwietracht zu erregen. — Graf E. Reichenbach: „Und die Russischen Heere an der Grenze?!“ (Unruhe.) Finanzminister Hansemann: (fortfahrend) Wenngleich das Ministerium lückenhaft und deshalb nicht in vollster Kraft beisammen ist, so wird es dennoch, wenn Gefahr sein sollte, auch während des provisorischen Zustandes seene Pflicht zu thun wissen.

Bei der Abstimmung ergiebt sich eine Minorität für den Reichenbach'schen, eine ziemliche Majoriät jedoch für den Seidel'sches Antrag. Letzterer ist somit angenommen und die nächste Sitzung findet falls nicht eine frühere Berufung geschieht, spätestens am künftigen Montag, den 26. d. M., Mitt. 12 Uhr statt. Nachdem die einzelnen Abtheilungs-Dirigenten ihre Mitglieder berufen, wird die heutige Sitzung, unter großer Aufregung, vor $1\frac{1}{4}$ Uhr geschlossen.

Darmstadt, den 16. Juni. Ein Extrablatt der Darmst. Ztg. vom heutigen Tage Nachmittags vier Uhr meldet Folgendes: „Se. Königliche Hoheit Ludwig der Zweite, Großherzog von Hessen und bei Rhein ꝛc., ist heute Nachmittag um 3 Uhr an Entkräftung in Gott verschieden. Der Höchstselige war am 26. December 1777 geboren und hatte am 6. April 1830 die Regierung angetreten. Das schmerzliche Ereigniß erfüllt die höchste Familie, so wie alle Bewohner der Residenz, mit tiefer Trauer, und wird dasselbe Gefühl sich gewiß des ganzen Landes bemächtigen.“

Hannover, den 16. Juni. (Hannov. Ztg.) Zufolge einer Depesche des General-Lieutenants Halkett aus dem Hauptquartiere Flensburg vom 15. Juni sind das zweite leichte Bataillon und die dritte Fuß-Batterie bei der Armee eingetroffen. Kapitain Dammert ist an den Folgen seiner Verwundung gestorben; den übrigen Verwundeten geht es den Umständen nach gut. Kapitain von Schulzen geht zu seiner völligen Wiederherstellung nach Lüneburg. Am 18. Juni wird ein Wechsel in den Kantonnements der Armee eintreten.

Hamburg, den 16. Juni. Herr Sloman hat in einem Schreiben an die zur Reform der Verfassung erwählte Rath- und Bürgerdeputation abgelehnt, in diese Kommission einzutreten, weil die Sache der Deutschen Marine, für die er seine ihm über sein Leben gehende Ehre und seinen Namen eingesetzt, ihm nicht Zeit zu andern öffentlichen Angelenheiten lase.

Flensburg, den 17. Juni. Morgen geht General Wrangel und der ganze Genesalstab nach Norden ab. — Man sieht in den nächsten Tagen wichtigen Dingen entgegen.

Altenburg, den 18. Juni. Heute Morgen gegen 8 Uhr wollte man den hiesigen Advokat Erbe, einen heftigen Republikaner, festnehmen; sofort wurde dies durch Bürgergardisten seiner Nachbarschaft verhindert, Generalmarsch geschlagen und inzwischen auch von der sehr starken republikanischen Partei reitende Boten, besonders nach Wintersdorf, entsendet. Auch läutete man eine kurze Zeit Sturm auf dem Nikolai-Thurm. Bald füllte sich die Stadt mit Freiwilligen; Barrikaden in der Schmöllnschen, Teich-Gasse, am ehemaligen Burg- und Pauritzer-Thor entstanden mit wunderbarer Schnelligkeit, da man ernstlich dem Einmarsche fremder Truppen begegnen wollte; sie sind im Laufe des Tages mit unermüdlichem Fleiß befestigt worden. Mehrere Deputationen an den Herzog sind ohne Erfolg beblieben; endlich erklärte man durch einen Anschlag ohne Unterschrift und Datum als allein für Herstellung der Ruhe bürgend: „Altenburg behauptet seine Freiheit gestützt auf seine Barrikaden und den braven Sinn seiner Bewohner. Es stellt an den Fürsten folgende Bedingungen: 1) Entlassung der jetzigen Minister und sofortige Bildung eines neuen Ministeriums, bestehend aus den Bürgern von Braun, Pierer und Cruciger; 2) sofortige Einberufung des Landtages zum 21. Juni d. J.; 3) vollständige Amnestie-Erklärung; 4) sofortige Entlassung des einheimischen Militairs und Zurücknahme der Maßregeln wegen Berufung fremden Militairs; 5) Erbe, Tölitzsch, Douai und Cruciger haben den Oberbefehl in der Stadt bis auf Weiteres.“ Jetzt, Abends $\frac{3}{4}6$ Uhr, ist vom Schloß, wo das hiesige Bataillon steht, noch keine entscheidende Antwort erfolgt.

Den 19 Juni (7 Uhr Morgens.) Diese Nacht ist hier sehr ruhig und ohne besondere Vorgänge verflossen. Während so eben eine große Volkversammlung auf dem Schießplatz stattfindet, deren Resultat noch unbekannt, ist man in der Stadt mit Errichtung neuer Barrikaden beschäftigt. Die Zugänge zum Schlosse sind fortwährend sehr stark besetzt und von der andern Seite scharf beobachtet. Das gestern hier eingetroffene Königl. Sächsische Militair ist auf dem Bahnhofe zum Schutz desselben, als Königl. Sächsischen Staats-Eigenthums, aufgestellt.

— Die „Deutsche Allg. Ztg.“ meldet vom 19. Juni Mittags als neueste Nachricht aus Altenburg: „Die Differenz zwischen dem Herzog und dem Volk in Altenburg scheint ausgeglichen zu sein, da das Sächsichsche Militair Ordre zur Rückkehr erhalten hat. Den Vergleichspunkten wird noch entgegensehen.“

Dresden, den 17. Juni. Das Kriegs-Ministerium bringt folgenden Bericht des Feldmarschall-Lieutenant Fürsten Windischgrätz aus Prag vom 13. d. M. wörtlich zur allgemeinen Kenntniß:

„Die schon seit einigen Tagen hier bestandene Aufregung, welche alle Vorsichtsmaßregeln nothwendig machte, ist heute den 12. d. Vormittags 10 Uhr ganz unerwartet in dem Momente, als die gutgesinnte Prager Bürgerschaft ihre Deputation an mich in der Stärke von 200 Menschen in das General-Kommando abschickte, um mich ihrer ganzen Ergebenheit und Aufopferung für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern der Stadt zu versichern, in Thätlichkeiten übergegangen, als diese Deputirten das General-Kommando verließen, bei welcher Gelegenheit dieselben von der in der Zwischenzeit auf dem Roßmarkte versammelten Uebelgesinnten, bestehend aus einer großen Anzahl Studenten aller Fakultäten, der hier bestehenden Nationalgarde-Abtheilung Swornost und einer großen Anzahl erwerbsloser Arbeiter, verfolgt und auf dieselben geschossen wurde.

„In Folge dieses betrübenden Ereignisses wurde die hiesige Garnison allarmirt, und sämmtliche Truppen nahmen die ihnen schon im voraus angewiesenen Allarmplätze ein, und größere Abtheilungen wurden an die am meisten bedrohten Punkte, nämlich zu dem Carolineum und dem Museum-Gebäude, entsendet, wovon ersteres von der Studentenlegion, letzteres aber von der Swornost mit einem heftigen Gewehrfeuer vertheidigt wurde; dem lebhaften Angriffe der Truppen gelang es jedoch, diese beiden Etablissements in kurzer Zeit zu erstürmen; es entspann sich sofort ein lebhaftes Gassengefecht, und es wurde in der Zeltnergasse und in der Nähe des General-Kommando's, so wie auf dem sogenanten Graben, aus vielen Fenstern gefeuert.

„Während dieses Gefechtes wurden in allen Straßen der Stadt und auf der steinernen Brücke mit der größten Schnelligkeit Barrikaden errichtet, wodurch die Communication zwischen der Altstadt und Kleinseite unterbrochen wurde; jedoch gelang es der Truppe, alle zur Brücke führenden Barrikaden in den Gassen und auch auf der Brücke zu beseitigen, und so wurde die Communication zwischeu der Altstadt und Kleinseite wieder eröffnet und bis jetzt frei gehalten, nichtsdestoweniger wurde ununterbrochen in den Gassen und aus den Häusern geschossen, welches bis gegen 9 Uhr Abends anhielt und dann verstummte.

„Der Verlust an Todten und Verwundeten läßt sich jetzt noch nicht angeben, uud es befinden sich unter ersteren der Major und Grenadier-Bataillons-Kommandant von Van der Mühlen von vakant Baron Reisinger-Infanterie, und die Verwundungen des Herrn General-Majors von Rainer durch einen Prellschuß auf die Brust, dann mehrerer Stabs- und Ober-Offiziere sind zu bedauern. Während der Nacht von 10—2 Uhr verhielt sich Alles ruhig, und es steht zu erwarten, daß die Ruhe ohne besondere Störung bis früh fortbestehen wird."

Der Feldmarschall Graf Radetzky hat nach der Einnahme von Vicenza und noch vor seiner Rückkehr nach Verona aus dem Hauptquartier Longare vom 11. d. M. mittelst Courier dem Kriegs-Ministerium die Abschrift der Convention eingesendet, mittelst welcher Vicenza den Kaiserlichen Truppen übergeben wurde.

Wien, den 18, Juni. Der lebhafte Wunsch der Bevölkerung Wiens und die Sorge für den regelmäßigen Gang der Regierungs-Geschäfte fordert gleichmäßig die baldige Rückkehr des Kaisers in seine Residenz. Se. Majestät von dieser Nothwendigkeit gleichmäßig durchdrungen, und von dem gleichen Wunsche geleitet, dem allgemeinen Verlangen zu entsprechen, hatten nach den Mittheilungen aus Innsbruck vom 13ten d. gegen die dort befindlichen Minister bereits die Absicht ausgesprochen, Innsbruck am heutigen Tage oder am Montage zu verlassen, um sich Wien zu nähern. Der Kaiser, wiewohl durch das ungewohnte Klima etwas in seiner Gesundheit angegriffen, wollte am 14ten noch eine Deputation des mährischen Landtags empfangen, und dieser war wirklich bereits in der Burg versammelt, um sich den Majestäten vorzustellen. Da fühlten Se. Majestät sich von einem Unwohlsein ergriffen, welches den Empfang der Deputation unmöglich, und einen Aufschub der Reise, um die theuere Gesundheit nicht Gefahren auszusetzen unerläßlich machte. Die Mittheilungen der Minister aus Innsbruck geben die Beruhigung, daß die Gesundheit Sr. Majestät nicht ernstlich angegriffen ist, und die größte Sorgfalt mit höherem Beistande läßt bald die gänzliche Herstellung hoffen, allein um die ertheilten Zusicherungen so weit zu erfüllen, als es in Ihren Kräften steht, und die Vereinigung aller Regierungsorgane in der Residenz so schnell als möglich zu erzielen, haben Se. Majestät sich entschlossen, Ihren Herrn Bruder, den Erzherzog Franz Karl als Ihren Stellvertreter mit ausgedehnten Vollmachten zur Besorgung aller Staatsangelegenheiten und Regierungsgeschäfte im Namen Sr. Majestät nach Wien abzuordnen, wo der Erzherzog mit den verantwortlichen Ministern alle Vorbereitungen für den bevorstehenden konstituirenden Reichstag treffen, und bis zu der mit Gottes Hilfe bald zu erwartenden gänzlichen Herstellung der Gesundheit Sr. Majestät und Ihrer demnächst zu erwartenden Ankunft in der Residenz für die schleunige Erledigung der Geschäfte Sorge tragen wird. Der Herr Erzherzog, welcher sich dieser Sendung mit der größten Bereitwilligkeit unterzogen hat, wird am 19. d. Innsbruck verlassen, am 21sten in Linz und nach dem Aufenthalte eines Tages daselbst am 23sten in Wien eintreffen. Wien, am 17. Juni 1848. Pillersdorff m. p.

Wien, den 18. Juni. Der Minister Pillersdorf macht in Bezug auf die erwartete Ankunft des Kaisers Folgendes bekannt:

„Der lebhafte Wunsch der Bevölkerung Wiens und die Sorge für den regelmäßigen Gang der Regierungs-Geschäfte fordert gleichmäßig die baldige Rückkehr des Kaisers in seine Residenz. Se. Majestät, von dieser Nothwendigkeit gleichmäßig durchdrungen und von dem gleichen Wunsch geleitet, dem allgemeinen Verlangen zu entsprechen, hatten nach den Mittheilungen aus Innsbruck vom 13. d. gegen die dort befindlichen Minister bereits die Absicht ausgesprochen, Innsbruck am heutigen Tage oder am Montage zu verlassen, um sich Wien zu nähern. Der Kaiser, wiewohl durch das ungewohnte Klima etwas in seiner Gesundheit angegriffen, wollte am 14. noch eine Deputation des Mährischen Landtags empfangen, und dieser war wirklich bereits in der Burg versammelt, um sich den Majestäten vorzustellen. Da fühlten Se. Majestät sich von einem Unwohlsein ergriffen, welches den Empfang der Deputation unmöglich und einen Aufschub der Reise, um die theure Gesundheit nicht Gefahren auszusetzen, unerläßlich machte.

„Die Mittheilungen der Minister aus Innsbrnck geben die Beruhigung, daß die Gesundheit Sr. Majestät nicht ernstlich angegriffen ist, und die größte Sorgfalt mit höherem Beistande läßt bald die gänzliche Herstellung hoffen; allein um die ertheilten Zusicherungen so weit zu erfüllen, als es in ihren Kräften steht, und die Vereinigung aller Regierungs-Organe in der Residenz so schnell als möglich zu erzielen, haben Se. Majestät sich entschlossen, Ihren Durchlauchtigsten Herrn Bruder, Seine Kaiserl. Hoheit den Erzherzog Franz Karl, als Ihren Stellvertreter mit ausgedehnten Vollmachten zur Besorgung aller Staats-Angelegenheiten und Regierungsgeschäfte im Namen Sr. Majestät nach Wien abzuordnen, wo der Erzherzog mit den verantwortlichen Ministern alle Vorbereitungen für den bevorstehenden konstituirenden Reichstag treffen und bis zu der mit Gottes Hilfe bald zu erwartenden gänzlichen Herstellung der Gesundheit Sr. Majestät und Ihrer demnächst zu erwartenden Ankunft in der Residenz für die schleunige Erledigung der Geschäfte Sorge tragen wird. Der Durchlauchtigste Herr Erzherzog, welcher sich dieser Sendung mit der größten Bereitwilligkeit unterzogen hat, wird am 19. d. Innsbruck verlassen, am 21. in Linz und nach dem Aufenthalte eines Tages daselbst am 23. in Wien eintreffen.

„Die Minister, welche diese Mittheilung erhielten, hoffen täglich über die Gesundheit Sr. Majestät in Kenntniß gesetzt zu werden und werden die an Sie gelangenden Nachrichten jedesmal bekannt machen, da sie überzeugt sind, welche Theilnahme dieselben in der ganzen Bevölkerung finden werden.

Wien, am 17. Juni 1848. Pillersdorff."

Neusalz, den 14. Juni. Der erste Act der blutigen südslavischen Revolutionstragödie hat begonnen. In dem Augenblicke, als ich Ihnen schreibe, erdröhnt der Boden unter mir durch den Donner des schweren Geschützes. F.-M.-L. Hrabowski greift den bei Carlowitz gelagerten Insurgentenhaufen an und bringt mit Kugeln und Kartätschen Tod und Verderben. Carlowitz selbst, der Sitz des slavischen Metropoliten, des aufrührerischen Erzbischofs Raiacsics, steht in lichten Flammen und brennt an elf verschiedenen Orten. Inzwischen sammeln sich die Insurgenten an verschiedenen Punkten; fast jedes Gränzdorf des deutsch-banater Regiments, so wie die Communität Pancsowa liefert ein Contingent größtentheils unter dem Commando cassirter Offiziere, bankerottirter Kaufleute und Glücksritter, wobei übrigens auch sonst ehrenhafte Männer dem Aufruhre nicht fremd sind. Eine Vereinigung mit den ebenfalls insurgirten Csaikisten, so wie die gewaltthätige Beraubung des Titler Arsenals sammt allen darin vorgefundenen Kanonen, Munitionsgegenständen und Waffen hat stattgehabt, und ein Kreuzzug durch das Banat über Kikinda, Groß St. Niklos, Werschetz und Weißkirchen ist in Aussicht gestellt. In den nächsten Tagen also wird der üppige Garten der banater Ebene der Schauplatz eines Bürgerkrieges werden.

Klausenburg, den 1. Juni. (Wien. Ztg) In der am 30. Mai Vormittags stattgehabten Sitzung des Landtages wurde (wie bereits gemeldet) die Union von sämmtlichen Landtags-Mitgliedern angenommen. Der Deputirte von Kronstadt, Elias Roth, sprach im Namen der Sächsischen Deputirten Folgendes:

„Da ich sehe, daß die löbliche Ungarische und Szekler-Nation die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn nicht nur mit allgemeiner Stimmen-Mehrheit, sondern mit dem begeistertsten und enthusiastischen Einverständniß feierlich für den wärmsten Nationalwunsch erklärt haben, indem ich ferner erwäge, daß der von dem dermaligen Landtage in dieser Angelegenheit zu verfassende Gesetz-Entwurf nur durch die Zustimmung unseres geliebtesten Landesfürsten und Königs zum verpfltenden Gesetze wird, indem ich schließlich betrachte, daß Siebenbürgen ein Glied der Ungarischen Krone ist, trete ich der Union mit Aufrechthaltung der pragmatischen Sanction im Namen meiner Kommittenten bei." (Die Sächsischen Deputirten geben sämmtlich durch Aufstehen ihren Beitritt zu erkennen. Gewaltiger Lebehochruf.) Zu meiner eigenen Rechtfertigung von meinen Kommittenten kann ich jedoch nicht umhin, vor Siebenbürgen, Ungarn und dem ganzen gebildeten Europa zu erklären, daß ich verlange, die Wünsche meiner Nation in Hinsicht auf die Aufrechthaltung ihrer Sprache, ihrer politischen und Verwaltungsrechte der zur Ausarbeitung des Plans über den Vollzug der Union bestimmten Deputation zuzuweisen, in der Hoffnung, daß dieselben, dem in der gestrigen National-Versammlung erklärten Verschprechen gemäß, dem Pesther allgemeinen Landtage empfehlend werden vorgelegt werden." (Nicht enden wollender Freudenruf.)

— Nachmittags um fünf Uhr wurde abermals Landtags Sitzung abgehalten und der ins Reine geschriebene Artikel-Entwurf besiegelt und ohne Sondermeinung durch den Kaiserl. Kommissair mittelbst Kourier an Se. Majestät, an Se. Kaiserl. Hoheit den Palatin und das Ministerium durch die hierzu ernannten Deputirten abgesendet.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 16. Juni. Die Anhänger Louis Bonarparte's scheinen sich wieder zu rühren. Mehrere Haufen bilden sich auf dem Revolutionsplatze, in deren Mitte stark diskutirt wird. Es ist sogar schon zu Thätlichkeiten gekommen. Im Innern des Saales der National-Versammlung die größte Spannung. Um 1 Uhr eröffnete Senard die Sitzung. Derselbe verlas der Versammlung folgenden Brief: „London, 15. Juni 1848. Herr Präsident! Ich war stolz, in Paris und drei anderen Departements als Volksvertreter gewählt worden zu sein.

(Mit zwei Beilagen.)

Es war dies in meinen Augen eine reichliche Entschädigung für dreißig Jahre Verbannung und sechs Jahre Gefangenschaft. Aber der beleidigende Verdacht, den meine Wahl hervorruft, die Ruhestörungen, denen sie zum Vorwande diente, die Feindseligkeit der Vollziehungs-Gewalt legen mir die Pflicht auf, eine Ehre abzulehnen, von welcher man glauben könnte, daß ich sie durch Intrigue errungen. Ich wünsche die Ordnung und Aufrechthaltung einer weisen, großen und einsichtsvollen Republik; da aber unwillkürlich mein Name die Unordnung begünstigt, lege ich gern meine Demission in Ihre Hände nieder. (Erstaunen und Aufregung im Saale.). Bald, hoffe ich, wird die Ruhe wieder hergestellt sein und mir erlauben, nach Frankreich zurückzukehren als der einfachste und auch der Ruhe und dem Wohlstande seines Landes ergebenste Bürger Empfangen Sie, Herr Präsident, u. s. w. (gez.) Louis N. Bonaparte." Präsident Senard: „Die Wahl war noch nicht anerkannt; sie unterlag noch der Prüfung des Alters und National-Bürgerrechts. Nichtsdestoweniger schlage ich vor, dieses Dokument dem Minister des Innern zu überweisen. (Allgemeine Beistimmung.) Eine Pause der Aufregung folgte der Vorlesung dieses Briefs. Die Ueberweisung desselben an den Minister des Innern ist genehmigt, damit er zur sofortigen Verordnung neuer Wahlen schreite. Es heißt, daß Louis Bonaparte obigen Brief dem bekannten Schriftsteller Frederic Briffault zur Besorgung anvertraute, der sich einige Zeit in London aufhielt und diese Stadt erst gegen Abend 8 Uhr verließ. Die Versammlung schritt zur Tagesordnung. Die Minister Trelat und Recurt verlangten einige neue Kredite für Reorganisation der Bürgerwehr, die Versailler Bahn und die Stadt St. Etienne, und die Verhandlungen erhielten erst wieder allgemeine Bedeutung, als die eigentliche Tagesordnung, die Berathung über Algerien, aufgenommen wurde, was um 4 Uhr stattfand. Diese Diskussion dauerte über anderthalb Stunden. Lamoricière stellte den Antrag, Algerien noch einmal feierlich durch eine motivirte Tagesordnung als eine von Frankreich unzertrennbare Besitzung zu erklären und den Kommissions-Antrag, der auf volle Gleichstellung mit dem Mutterlande drang, fallen zu lassen. Bertholon, Berichterstatter, setzte die Nothwendigkeit auseinander, der europäischen Bevölkerung der Kolonie doch wenigstens einige Zugeständnisse zu machen. Cavaignac widerstritt diesem Ansinnen, indem kein Grund zu gerechter Beschwerde ihrerseits vorliege. Rancé de Prebois eilte noch einmal auf der Rednerbühne, um das Ausbeutungs-System, das in Algerien auf Kosten der armen Kolonisten den abscheulichsten Wucher treibe, noch einmal zu beleuchten und wo möglich seinen Antrag zu retten. Allein die Versammlung rief nach Abstimmung. Die von Lamoricière vorgeschlagene motivirte Tagesordnung: „Die National-Versammlung erklärt die Besitzung Algeriens für eine ewige", die der Kriegsminister Cavaignac auch zur seinigen gemacht hatte, wurde beschlossen und die Debatte somit beendigt. Präsident: Louis Blanc hat das Wort. (Aufsehen.) Louis Blanc von der Rednerbühne: „Ich will nur in zwei Worten gegen die Behauptung eines gestrigen Redners (Goudchaux) protestiren, welcher sich in meiner Abwesenheit erlaubte, denjenigen als einen schlechten Bürger und Unsinnigen zu bezeichnen, welcher nach der Februar-Revolution den Arbeitern lehrte, die Arme zu kreuzen vor der Arbeit und auf diese Weise den Frieden der Gesellschaft zu gefährden. Dies war offenbar auf mich bezogen. Ich erkläre dagegen, daß ich in allen meinen Vorträgen den Arbeitern den Grundsatz eingeprägt: „Vor der Arbeit zurückzuweichen, sei eben so schimpflich für den Proletarier, als für den Soldaten, vor dem Feinde zu weichen." Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Sitzung vom 17. Juni. Pascal Duprat, Redakteur der Revue Indépendante, überreicht einen Antrag auf vollständige Befreiung der Zeitungspresse von allen fiskalischen Abgaben. Für die diesfälligen Erörterungen wurde der nächste Montag bestimmt. Die Tagesordnung rief hierauf zur Berichterstattung der Petitions-Kommission über eine Menge von Bittschriften und Gesuchen, unter anderen die Erleichterung der Lage der Dorfschullehrer, den Zustand der Neger in den Kolonieen u. s. w. betreffend; auch über eine Petition, welche, von 55 Generalen unterzeichnet, gegen das Dekret der provisorischen Regierung protestirt, das sie in den Ruhestand versetzte. Der Kriegs-Minister, General Cavaignac, vertheidigte jedoch das Dekret der provisorischen Regierung um so mehr, als es eigentlich nur die Generalstäbe der Reserve-Corps getroffen habe. General Baraguay-d'Hilliers schildert es dagegen als die härteste und unpolitischste Maßregel, die sich je eine Regierung erlaubt habe. Er hielt die Reservestäbe keinesweges für überflüssig, sondern für dringend nöthig. General Leydet, selbst von einem ähnlichen Dekret getroffen, billigte die Maßregel der provisorischen Regierung vollständig. Es sprachen noch die Generale Lebreton, Larabit, Garnier und Andere für und wider den Antrag. Die Debatte wurde dann für geschlossen erklärt. Duclerc, Finanzminister, bringt darauf, das Eisenbahngesetz auf Montag anzuberaumen. Dies geschieht. Pierre Leroux zeigt der Versammlung an, daß in Gueret (Creuse-Departement) bei Veranlassung der 45 Centimsteuer-Einziehung der Bürgerkrieg losgebrochen sei und fürchterlich wüthe. Der Finanz-Minister vertheidigt die Steuer, und der Ackerbau-Minister Flocon versprach dem Bauernstande eine bessere Zukunft aus den Gesetzentwürfen über Anlage von Ackerbau-Kolonieen, mit deren Ausarbeitung er sich so eben beschäftige, und die er der Versammlung alsbald vorzulegen gedenke. Pierre Leroux, durch diese Auskunft wenig befriedigt, bestieg noch einmal die Rednerbühne und sprach in einem fünfviertelstündigen Vortrage, in welchem er wohl zwanzigmal unterbrochen wurde, gegen die bestehende gesellschaftliche Oekonomie und gegen die finanziellen Maßregeln der provisorischen Regierung, die statt des Reichen, den Armen mit Steuern belastet und dadurch die Stimmung des Volks im höchsten Grade erbittert habe. Der Redner entwickelte die Nothwendigkeit einer radikalen Aenderung in der ganzen Produktionsweise, damit die Masse ihre Erwerbsquellen nicht mehr blos aus dem Luxus und dem Ueberfluß der Minderheit schöpfe. Er erklärte sich für einen warmen Anhänger der Verbesserung des Ackerbauwesens, zu der man sofort und auf durchgreifende Weise schreiten müsse, wenn größerem Blutvergießen vorgebeugt werden solle. Ducoux erklärte die ganze Improvisation des vorigen Redners für reine Hirngespinste eines Philosophen und Utopisten. (Beifall.) Die Versammlung müsse bei der Praxis bleiben, und die Republik dürfe mit den Rebellen nicht transigiren. Hiermit endigte die Sitzung.

— Ein heute publizirtes Dekret ernennt Corne an Portalis' Stelle zum General-Prokurator beim Pariser Appellationshofe.

— Ueber den Entwurf der Verfassungs-Kommission erfährt man außer den bereits bekannten Punkten noch Folgendes: Der Richterstand erhält seine Unabsetzbarkeit wieder. Die Friedensrichter und Cassationsräthe, die beiden äußersten Sprossen der gerichtlichen Stufenleiter, gehen aus der Wahl hervor. Die Ersteren aus der allgemeinen Volksabstimmung, die Letzteren aus der Urne der National-Versammlung. Rücksichtlich des Volks-Unterrichts lautet der betreffende Paragraph der neuen Verfassung folgendermaßen: „Der Unterricht ist frei unter Gewährleistung der Gesetze und der Aufsicht des Staats. Diese Aufsicht erstreckt sich auf alle Unterrichts-Anstalten ohne Ausnahme."

— Sämmtliche Verwaltungen der bestehenden Eisenbahnen sind vor die Kommission der National-Versammlung geladen worden und haben derselben erklärt, daß sie Staatshilfe brauchten, wenn sie ihre Verbindlichkeiten erfüllen sollten. Ein Blatt schlägt nicht nicht nur die Gründung einer allgemeinen Landes-Hypotheken-Bank mit einem Kapital von zwei Milliarden Fr. in Papiergeld vor, sondern man solle auch eine Eisenbahn-Staatskasse gründen, welche Papiere ausgäbe, die sich lediglich auf diesen Staatszweig bezögen und die Rente ersetzen sollten.

— Der Finanz-Ausschuß der National-Versammlung hat auf Foucher's Antrag den ministeriellen Vorschlag, alle Assekuranz-Gesellschaften, gleich den Eisenbahnen an den Staat zu ziehen, verworfen.

— Der Moniteur enthält heute den Bank-Wochenbericht, dem man mit vieler Spannung entgegensah. Folgendes sind die Hauptangaben: In Paris lagerten am 15. Juni Abends in Barren und geprägtem Gelde 80,174,013 Fr. 73 Cent.; in den Departemental-Sukkursalen 65,998,604 Fr. In Wechseln besaß Paris 117,202,098 Fr. 23 Cent., die Departemental-Sukkursalen 148,636,083 Fr. 42 Cent. Proteste befanden sich in Paris für 29,705,638 Fr. 96 Cent., in den Sukkursalen 11,562, 226 Fr. 90 Cent. Der Staats-Kasse blieben am 15ten noch 17,028,061 Fr. 61 Cent. von den geborgten 50,000,000 Fr. übrig.

— Um künftig Mißbräuchen in der Kontrolle der Arbeiter in den National-Werkstätten vorzubeugen, erhält jeder Arbeiter an jedem Morgen eine Medaille, und nur gegen deren Einhändigung wird ihm sein Tagelohn am Abend ausgezahlt. Diese Medaillen wechseln mit jedem Tage, um Fälschungen vorzubeugen.

— Abd-el-Kader wird, heißt es, mit Genehmigung der Regierung die Bäder von Vichy besuchen, da er in Folge seiner Kriegsstrapazen an Gicht leidet.

Großbritannien und Irland.

London, den 16. Juni. Die „Times" sagt über die diplomatische Stellung Englands zu Spanien in der bekannten Streitfrage: „Der spanische Minister Don Xavier Isturitz hat England verlassen, ohne auf herkömmliche Weise sich bei der Königin zu beurlauben, und aus den Ausdrücken, deren sich Lord J. Russell gestern Abend im Parlamente bediente, müssen wir schließen, daß seine Abreise eine Maßregel der Wiedervergeltung für die Ausweisung Sir H. Bulwer's ist. Die Beziehungen der beiden Kronen sind so in die traurige Lage gebracht, zu welcher die Anmaßung und die Uebereilung der beiden Minister von England und von Spanien ins allmälig geführt haben. Während die öffentliche Meinung in England sich laut gegen die Herausforderung erklärt hat, welche in Lord Palmerston's Note vom 16. März lag, erfordert die Ehre der brittischen Gesandten in fremden Ländern, daß die spanische Regierung die gewaltsame Maßregel gegen Sir H. Bulwer zurücknimmt, welche bis jetzt durch keine nach dem Völkerrechte gültige Weise gerechtfertigt ist. Wenn diese Genugthuung verweigert wird, so werden die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Regierungen vorläufig aufgehoben bleiben."

Italien.

(Schl. Ztg.) Die Mailänder Ztg. vom 10. Juni bringt den Beschluß der provisorischen Regierung der Lombardei zur öffentlichen Kenntniß, welchem zufolge, nachdem sich die vier Provinzen mit 561,002 gegen 681 Stimmen für den unmittelbaren Anschluß an Sardinien erklärt haben, eine gemeinschaftliche konstituirende Versammlung zusammenberufen werden soll, um die Grundlagen und Formen einer neuen constitutionellen Monarchie mit der Dynastie Savoyen zu berathen und festzusetzen. — Die Lombardische Armee zählt gegenwärtig 9545 Mann mit 40 Kanonen in Mailand und 9024 Mann mit 10 Kanonen außerhalb stehend. Die Artillerie ist 900 Mann stark. Die Kavallerie wird in Kurzem von 1000 auf 2000 Mann gebracht werden.

Vallegio, den 7. Juni. Zum Erstaunen der ganzen Armee ist General Bava zum Generalissimus der Armee ernannt worden. — Die Provinz Padua hat sich mit 62,259 gegen 2002 Stimmen für den Anschluß an Sardinien erklärt.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Kempen, den 17. Juni. Dem Staatsgrundgesetze — mag dasselbe auch auf den freisinnigsten Grundlagen ruhen, — so wird und kann es nicht gelingen, alle Uebelstände, und vollends diejenigen, welche unser Administrationswesen in seinem Gefolge hat, mit einem Schlage zu vernichten; es ist und bleibt vielmehr Aufgabe der Presse auf Beseitigung derlei specieller Mängel besonders hinzuwirken. — Einer dieser Uebelstände ist es unstreitig, daß jedes Vergehen eines Administrativ-Beamten zuvor seiner vorgesetzten Behörde angezeigt und von dieser gewissermaßen die Erlaubniß zur Einleitung der richterlichen Untersuchung erst erbeten werden muß. Während bei einem leichten Vergehen des Privatmannes die Justizbehörde sofort einzuschreiten berechtigt, ja sogar verpflichtet ist, hängt es von dem Befinden der hohen Administrativbehörde ab, ob das Verbrechen des ihr untergeordneten Beamten blos durch einen Disciplinarverweis oder aber durch richterliches Urtheil gerügt werden soll. Wie leicht ist nicht da dem Nepotismus, der doch wohl hier und da einen Beamten einsetzt, Gelegenheit gegeben, den Schuldigen der gerechten Strafe ganz zu entziehen oder aber mindestens durch büreaukratische Machinationen die Sache so sehr in die Länge zu ziehen, daß der Beschwerdenführer, von der Erfolglosigkeit seiner Klagen überzeugt, zuletzt von seiner Beschwerde ganz abstrahirt. Exempla sunt odiosa; doch wollen wir hier ein Faktum anführen, das uns im Augenblicke vorliegt, einmal, um die Unzulänglichkeit der bestehenden Bestimmungen darzuthun, andererseits aber auch um das inhumane Benehmen eines Beamten dem öffentlichen Urtheile anheim zu geben.

Vor einigen Tagen wurde der hiesige Arzt Herr Dr. B. zu einer armen Frau gerufen, um derselben geburtshülflichen Beistand zu leisten. Die Natur hatte der Leidenden alle Hilfe versagt und der Arzt war gezwungen zur Geburtszange seine Zuflucht zu nehmen. Derselbe hatte die Operation beinahe vollendet, als ihm, der erst wenige Tage vorher von schwerem Krankenlager aufgestanden, die körperlichen Kräfte auszugehen anfingen. Es handelte sich noch um die Extraction, wozu eine manuelle Kraft erforderlich ist, und um das Kind, das noch am Leben war, auch lebendig zur Welt zu bringen, ließ Herr Dr. B. seinen Kollegen, den Königlichen Kreis-Physicus Herrn Dr. Junker, herbeirufen, in der Voraussetzung, daß derselbe, obgleich sonst mit Allen seinen hiesigen Kollegen verfeindet, doch auf die dringende Gefahr Rücksicht nehmen und der gesetzlichen Pflicht genügen würde. — Aber den „verfluchten Juden" gegenüber giebt es wohl gar keine gesetzliche Pflicht; denn der Königl. Kreis-Physicus erklärte, daß er keine Lust habe zu den „verfluchten Juden" zu gehen und Gehilfe des Dr. B. zu sein. Letzterer war nun trotz seiner schwachen Kräfte gezwungen die Operation, nach mehrmaligen langen Pausen, allein zu vollbringen; leider kam aber das Kind, um dessen Lebensrettung es sich gehandelt, nunmehr todt zur Welt. Wir können allerdings nicht nachweisen, daß Herr Dr. J. den Tod des Kindes verschuldet, wollen auch nicht untersuchen, wer die Feindseligkeiten zwischen ihm und seinen Kollegen provocirt; das aber scheint uns gewiß, das ein solches Betragen eines beamteten Arztes schwer zu rechtfertigen ist. — Wenn nun auch nach den bestehenden Bestimmungen diese Thatsache erst durch Vermittelung der Königlichen Regierung bei der Justizbehörde anhängig gemacht werden kann, so hoffen wir doch, daß die Untersuchung schleunigst eingeleitet und das Vergehen, wenn es sich constatirt, nicht ungerügt bleiben wird.

In der Beilage zu No. 117. der Posener Zeitung ist ein Artikel zur Oeffentlichkeit gebracht worden, der das Product „Eines Murowana-Gosliner Bürgers" ist, den ich folgender Art zu kommentiren mich veranlaßt sehe. — Daß ich einige hundert Sensenmänner den Herren v. Przystanowski und v. Mielecki zugeführt hätte — ist eine reine Erdichtung und berufe ich mich hierin auf das Zeugniß der genannten Personen. — Daß eine Abtheilung von den gedachten Sensenmännern die Stadt überfallen hätte, ist ebenfalls eine falsche Behauptung: denn nicht Sensenmänner, sondern eine Abtheilung von Chaussee-Arbeitern drang in die Stadt und verlangte die Herausgabe der Piken u. s. w. Ich suchte diese Rotte durch angemessene Reden aus der Stadt zu schaffen, und glaubte hierin nicht nur nicht gefehlt, sondern vielmehr meine Pflicht gethan zu haben; und daß ich sie erfüllt, mögen die damals zugegen gewesenen Bürger bekunden. — Daß der Oberförster ꝛc. Brehmer zu Eckstelle und Herr Schenberg in Lang-Goslin von einem Polnischen Emigranten zur Herausgabe vom werthvollen Gewehren genöthigt worden seien — kann ich eben so wenig dafür, wie der Verfasser des Artikels selbst. — Das Abfeuern der Pistolen, woraus der Gosliner Bürger auf meine Kampflust schließt, war eine vor längerer Zeit gemachte ganz einfache Probe mit eiuem kleinen Terzerol, welche gar nichts auf sich hat, und war diese Bemerkung für die Zeitung ganz unpassend. Im Jahre 1845/46, als die Bürger in Goslin viele Nächte patroullirten, schossen dieselben eines Nachts auf trockene Weiden in getäuschter Meinung,..... wobei das Leben einer alten Frau gefährdet ward; und dennoch fiel es keinem Menschen ein, diese Frivolität in der Zeitung zu bemerken. — Was der Verfasser von den beiden Polnischen Knechten spricht, denen ich die Osterbeichte soll versagt haben, weil sie noch nicht zu den Sensenmännern gegangen — ist eine grobe Lüge und nur die Veröffentlichung meines Schreibens, worauf sich der „Bürger" beruft, wird ihre Niederträchtigkeit an den Tag legen. — Es lebe die Redlichkeit des Murowana-Gosliner Bürgers! Ich werde nicht versäumen diesen Herrn vor das Gerichtsforum zu belangen. Der Geistliche Powałowski.

Markt-Bericht.

Berlin, den 20. Juni.

An heutiger Kornbörse waren die Preise von Weizen nach Qual. 40 - 46 Rthlr.; Roggen nach Qualität 23 — 26 Rthlr.; Gerste in loco nach Qualität 23 — 22 Rthlr.; Hafer in loco nach Qual. 17 à $18\frac{1}{2}$ Rthlr. bez.; Rüböl loco $9\frac{1}{3}$ Br, $\frac{1}{2}$ G., dto. pro Herbst $10\frac{1}{3}$ bez.; Spiritus in loco $17\frac{1}{3}$ Rthlr. bez.

Der Webergeselle Anton Philipp, Sohn des Leinweber Philipp zu Peiskretscham, welcher vor 28 Jahren von dort nach Posen verzogen, dort in einem Salzmagazin gearbeitet haben soll, und seitdem verschollen ist, und dessen etwa zurückgelassene Erben oder Erbnehmer, werden hiermit öffentlich vorgeladen, sich binnen 9 Monaten, spätestens aber in dem auf

den 29sten September 1848 Vormittags 11 Uhr

vor dem Herrn Ober-Landesgerichts-Referendarius Mier angesetzten Termine schriftlich oder persönlich in dem hiesigen Ober-Landesgerichts-Gebäude zu melden und die weiteren Anweisungen zu gewärtigen.

Wenn der Verschollene oder dessen etwa zurückgelassene Erben oder deren Erbnehmer weder erscheinen noch sich schriftlich melden, so wird der Verschollene für todt erklärt, demnächst sein Vermögen den alsdann bekannten Erben desselben, oder in Ermangelung solcher der dazu berechtigten öffentlichen Behörde zugesprochen und zur freien Verfügung verabfolgt werden. Dem Vorgeladenen werden zu seiner Vertretung die hiesigen Justiz-Commissarien Glatzel, Burow und Engelmann in Verschlag gebracht.

Ratibor, den 5. August 1847.

Königl. Ober-Landesgericht.

Börse von Berlin.

Amtlicher Fonds- und Geld-Cours-Zettel

Den 20. Juni 1848.	Zins-Fuss	Preus. Cour Brief.	Preus. Cour Geld.
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	68	—
Präm.-Scheine d. Seehdl à 50 T.	—	$84\frac{1}{2}$	—
Westpreussische Pfandbriefe . .	$3\frac{1}{2}$	$75\frac{1}{2}$	75
Ostpreussische dito . .	—	$84\frac{1}{4}$	$83\frac{3}{4}$
Grossherz. Posensche Pfandbr. .	4	—	$88\frac{3}{4}$
dito dito dito . .	$3\frac{1}{2}$	$74\frac{1}{2}$	—
Pommersche dito . .	—	$88\frac{1}{4}$	—
Kur- u. Neumärkische dito . .	$3\frac{1}{2}$	$88\frac{1}{2}$	—
Schlesische dito .	—	—	—
dto. vom Staat gar. Litt. B.	—	—	—
Pr. Bank-Antheil-Scheine	—	$69\frac{1}{2}$	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{2}{3}$	$13\frac{1}{6}$
Andere Goldmünzen à 5 Thlr. .	—	$13\frac{1}{4}$	$12\frac{3}{4}$
Disconto	—	—	$5\frac{1}{2}$
Actien.			
Berl. Anh. Eisenbahn Lit. A. B.	—	78	—
dto. Priorit.	4	—	—
Berlin-Hamburger	4	—	—
do. Priorität .	$4\frac{1}{2}$	$84\frac{3}{8}$	$83\frac{7}{8}$
Berlin-Potsd.-Magdeb.	4	—	—
dto. Prior. Oblig.	5	—	—
dto. dto. dto.	—	—	—
Brl.-Stet. E. Lt. A. und B. . . .	—	79	—
Köln Mind.	$3\frac{1}{2}$	$66\frac{1}{2}$	—
dto. dto. Prior. Oblig. . . .	$4\frac{1}{2}$	$79\frac{1}{4}$	—
Magdeburg-Halberstadt	4	$85\frac{1}{2}$	—
Niederschl.-Märk.	$3\frac{1}{2}$	$61\frac{1}{2}$	$60\frac{1}{2}$
do. Priorität .	4	$75\frac{1}{4}$	$74\frac{3}{4}$
do. Priorität . .	5	$85\frac{1}{4}$	—
do. III. Serie .	5	$78\frac{1}{4}$	—
Ober-Schlesische Lit. A.	$3\frac{1}{2}$	—	—
dto. Lit. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Rhein. Eisenbahn	—	46	—
do. Stamm-Prior. (voll eingez.)	—	—	$53\frac{1}{2}$
dto. dto. Prior. Oblig. . . .	4	$53\frac{1}{2}$	—
Thüringer	4	$45\frac{1}{2}$	—
dto. dto. Priorität . . .	$4\frac{1}{2}$	$72\frac{1}{2}$	—